

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 1

Artikel: Politische Zeitenwende in Deutschland
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338634>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Zeitenwende in Deutschland

Der Verfasser des nachstehenden Beitrags ist langjähriger ständiger Mitarbeiter unseres Blattes. Er gilt als hervorragender Vertreter des politischen Journalismus. Schon als Jugendlicher war er Mitarbeiter zahlreicher politischer und gewerkschaftlicher Zeitschriften. 1933 ging er ins Exil. In Alicante und später in Algier wirkte er als Redaktor von Tageszeitungen. Als Major eines Bataillons half er mit, die spanische Republik zu verteidigen. (Vgl. sein Buch «Spanien in diesem Jahrhundert», Bürgerkrieg, Vorgeschichte und Auswirkungen. Europa Verlag, Wien, 1968. 508 Seiten.) Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Sekretär der SPD München und später deren stellvertretender Vorsitzender. Zurzeit schreibt er die Erinnerungen an sein sehr bewegtes Leben. Auf dieses Werk sind wir alle gespannt. R. L.

Bereits eine Stunde nach Schliessung der Wahlbüros liess das perfektionierte System der Computer-Berechnungen am Abend des 19. November den Schluss zu, dass die Freie Demokratische Partei die Fünf-Prozent-Klausel überwinden würde, die in der Bundesrepublik die Zersplitterung des Parlaments in Minisplitterparteien, wie etwa in Holland, verhindert. Damit war der Fortbestand der sozial-liberalen Koalition gesichert, die 1969 mit knapper Mehrheit die langen Jahre christdemokratischer Vorherrschaft abgelöst hatte. Zwei Stunden später wusste man es noch besser. Die Wähler hatten mit Mehrheit für den Fortbestand und die Stärkung dieser Koalition gestimmt, die Politik der Regierung Brandt-Scheel bestätigt. Für die kleine liberale FDP war dies eine Lebensrettung. Man hatte sie ehemals öfteren totgesagt, insbesondere als nun in der verflossenen Legislaturperiode einige ihrer bekannten Persönlichkeiten des nationalliberalen Flügels zur CSU übergangen, weil sie den aussenpolitischen Kurs nicht mitzumachen bereit waren. Die heutige FDP ist in gewissem Sinn eine neue Partei, mit jungen und eher progressiv eingestellten Männern und Frauen, die sich zwar immer noch sorgsam von der Sozialdemokratie abgrenzen, in der Koalition mit ihnen dennoch die einzige Möglichkeit der eigenen politischen Wirksamkeit sehen. Für die SPD ist dieser Wahlerfolg nicht nur der unangezweifelte persönliche Erfolg ihres Parteivorsitzenden Willy Brandt, sondern ein historisches Datum. In 109 Jahren ihrer Existenz – wenn man den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Ferdinand Lassalles mitzählt – hat die SPD noch nie soviel Stimmen für sich buchen können, nicht einmal unmittelbar nach der Revolution von 1918 bei Zusammenzählung der für die beiden damals bestehenden sozialdemokratischen Parteien abgegebenen Stimmen anlässlich der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Im Rückblick auf den kurzen aber intensiven Wahlkampf ist dieser Erfolg um so bemerk-

kenswerter, als die christdemokratischen Gegner nichts unversucht liessen, die Tätigkeit der Regierung Brandt-Scheel als eine Art nationale Katastrophe darzustellen. Sollte diese Regierung wiederkommen, so würde das unweigerlich zum «Sozialismus» führen, wobei offen gelassen wurde, ob das sowjetischer Kommunismus oder chilenische Enteignungspraxis bedeuten sollte. Die Zielrichtung war, Angst einzuflössen vor Inflation und «Kollektivismus». Das war insbesondere ein beliebtes Thema des dynamischen aber reichlich unbedenklichen Vorsitzenden der bayerischen CSU, Franz Joseph Strauss. Stilvollerweise liess er sich im Verlauf dieser Kampagne auch von der italienischen Wochenschrift «Il Borghese» interviewen. Das Blatt ist eingestandenermassen das Sprachrohr der neuen «Nationalen Rechten», also der Neofaschisten. Düster wurde da von Strauss verkündet, Brandt habe die Geldentwertung gewollt, um leichter den Sozialismus zu verwirklichen. Er habe unsere, also die Arbeit der Christdemokraten ruiniert, und die bösen Jusos wollten doch das Privateigentum aufteilen. Vor Jahren hatte diese Art der Propaganda auch Erfolge der beiden christdemokratischen Parteien gezeitigt. Diesmal war es anders, ganz anders. Die Wahlniederlage der CDU/CSU ist so absolut, dass eine Art personell-moralische Krise unmittelbar nach der Wahl deutlich zutage trat. Man war ja ausgezogen, um die alten Machtpositionen wieder zu erlangen, um zu jenen Positionen zurückzukehren, die durch zwei Jahrzehnte eine Art Regime darstellten, in dessen Schatten die christdemokratischen Parteien mit dem Staat eins zu sein schienen.

Bemerkenswert an den Wahlen vom 19. November 1972 ist auch die Verteilung der Erst- und Zweitstimmen zwischen SPD und FDP. Der bundesdeutsche Wähler hat nämlich zwei Stimmen, eine für den Direktkandidaten seines Wahlkreises und eine für die Landesliste der Partei, die er wählen will. Direktmandate, also die Mehrheit in einem Wahlkreis, sind ein örtlicher Prestigeerwerb. Aber über die proportionale Verteilung der Mandate im Bundestag entscheiden die Zweitstimmen. Auf diese Weise sind im Deutschen Bundestag meist ungefähr die Hälfte der Abgeordneten direkt in einem Wahlkreis und die andere Hälfte über die Landeslisten gewählt. Dieses System verbindet den Vorteil der Persönlichkeitsauslese im Wahlkreis mit dem Grundsatz der proportionalen Vertretung im Parlament. Bisher war das Verhältnis zwischen Erst- und Zweitstimmen bei allen Parteien ohne grosse Unterschiede; denn der Wähler entschied sich – in übergrosser Mehrheit – für die Landesliste der Partei des von ihm gewählten Direktkandidaten. Diesmal war es anders. Es gab eine bedeutsame Zahl von Wählern, die zwei Parteien wählten, den sozialdemokratischen Kandidaten ihres Wahlkreises und – die Landesliste der FDP. Man wählte, mit anderen Worten, die Koalition, offensichtlich aus der Befürchtung heraus, die FDP würde die 5-Prozent-Grenze nicht überwinden. Und dann wäre ja keine neue Regierung Brandt-Scheel möglich gewesen. Niemand, auch die Optimisten innerhalb der Partei, hielten

es für möglich, dass die SPD die absolute Mehrheit im Parlament erreiche und allein eine Regierung bilden könne, wie im benachbarten Österreich. Die FDP hatte diese tendenzielle Stimmung gut erkannt und machte daher vorzugsweise eine besondere – in den Plakaten nicht aufscheinende – Propaganda: die Zweitstimme für die FDP. Das Ergebnis sah dann in Zahlen wie folgt aus:

	Erststimmen	Zweitstimmen
SPD	48,9 Prozent	45,8 Prozent
FDP	4,8 Prozent	8,4 Prozent

Bei den Erststimmen ist mithin die SPD hart an die 50-Prozent-Grenze herangekommen! Das erzeugte begreiflicherweise eine gewisse Euphorie im sozialdemokratischen Lager, und die Stimmung müsse man doch erreichen, alleine stark genug zu werden, um die Regierung zu übernehmen und den, gelegentlich doch lästig werdenden, liberalen Partner loszuwerden. Da nun aber mit der FDP regiert werden muss, sah sich der Parteivorsitzende Brandt veranlasst, darauf hinzuweisen, dass man im Vorhandensein der FDP im Parlament eine bedeutende Chance und nicht etwa nur eine ärgerliche Behinderung sehen sollte. Behinderungen durch die FDP im Bereich der Aussenpolitik, die im Wahlkampf eine auffallend geringe Rolle spielte und dennoch für die Haltung vieler Wähler bestimmend war, wird es sicher nicht geben. In den vielfältigen innenpolitischen Bereichen, so insbesondere bei den Steuern und in der sehr entscheidenden Frage der Mitbestimmung in den industriellen Grosskonzernen aber gibt es grundlegende Unterschiede in Meinung und Zielsetzung. Diese Frage ist und bleibt insbesondere aktuell, einmal weil die Gewerkschaften auf ihre Forderung nicht zu verzichten bereit sind und zum andern, weil die SPD eine Begrenzung der kapitalistischen Allmacht in den Riesenunternehmungen der modernen Industrie für erforderlich hält. Nach sozialdemokratischen Vorstellungen sollte diese Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Gesellschaften, die über 2000 Arbeitnehmer beschäftigen oder 150 Millionen DM im Jahr umsetzen paritätisch sein. Wie derzeit schon bei Kohle und Stahl sollte dann der Aufsichtsrat mit je gleicher Anzahl von Vertretern der Arbeitnehmer und der Kapitaleigner und einem gemeinsam zu bestimmenden, neutralen Vorsitzenden bestehen. Die Liberalen haben auf einem Parteitag 1971 sich mit dieser Frage beschäftigt und naturgemäss viel Wasser in den Mitbestimmungswein gegossen. Sie schlugen damals ein Modell vor, das die Einschaltung einer «dritten Kraft», nämlich der Manager, vorsieht. Dieser Vorschlag gehört zu einer nicht sonderlich ergebnisreichen Diskussion über die Rolle und die Rechtsstellung der «leitenden Angestellten» in Grossbetrieben. Mittlerweile gab es allerdings auch Diskussionen bei den Jungdemokraten, aus denen zu entnehmen ist, dass bei der jungen Generation auch im libe-

ralen Bereich die Auffassungen sich wandeln und weniger kapitalistisch bewusste Akzente gesetzt werden. Während diese Zeilen geschrieben werden, verhandeln die beiden siegreichen Parteien über die Gestaltung der Ministerien und wesentlichen politischen Fragen der unmittelbaren Zukunft, vermutlich wohl auch über diesen Punkt. Er ist zweifellos der schwierigste und wird noch manche Diskussion zwischen den beiden Parteien hervorrufen.

Keinen Differenzpunkt gibt es zwischen FDP und SPD hinsichtlich der Ostpolitik, zu der man nun auch den bereits unterschriebenen Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten zählen muss. Dieser Vertrag muss noch von Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden. Hier beginnt die «Vertragsdiskussion» zwischen Opposition und den beiden, so nachdrücklich in ihrem Amt bestätigten Regierungsparteien aufs neue und fast mit den gleichen Argumenten. Gemeint ist letztendlich die gesamte Brandtsche Ostpolitik. Man muss sich daran erinnern, dass bei den beiden Verträgen mit Moskau und Warschau die Diskussion darüber von der CDU/CSU in die Länderparlamente getragen wurde, obwohl diese keineswegs zuständig sind. Allerdings bestimmt die jeweilige Landesregierung die Stimmabgabe im Bundesrat (der dem schweizerischen Ständerat entspricht, sich aber aus benannten Vertretern zusammensetzt). Und in diesem Bundesrat haben die von den Unionsparteien regierten Länder eine Mini-Mehrheit von einer Stimme (jedes Land hat eine bestimmte Stimmzahl). Ein etwaiger Einspruch kann allerdings durch wiederholten Beschluss des Parlaments aufgehoben werden. Dennoch rüsten sich die beiden geschlagenen Parteien nunmehr zum Kampf gegen den Grundvertrag. Rainer Barzel, der nicht mehr unbestrittene Führer der christdemokratischen Opposition, hat bereits das unsinnige Argument von Franz Joseph Strauss gegen den deutsch-sowjetischen Vertrag wieder hervorgeholt, es müsse erneut verhandelt werden, um «mehr herauszuholen». Diese Opposition gegen den ganz neuen Grundvertrag über die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander ist der Kitt, der den durch die Wahlniederlage verursachten Riss zwischen den beiden Parteien CSU (in Bayern) und CDU (im übrigen Bundesgebiet) reparieren soll. Es ist bekannt, dass in der CDU auch die Meinung vertreten wird, letztendlich sei dieser Vertrag doch akzeptabel. Ja, die Junge Union (in ihr ist man bis 40 Jahre «jung») in der bayerischen Landeshauptstadt fordert sogar ein allgemeines Überdenken dieser Frage, in der die Geschichte über die Unionsparteien hinweggegangen sei. Aber die Jungen werden sich vorläufig nicht durchsetzen. Ihre Forderung ausgerechnet in Bayern lässt die in ihren Reihen nicht zu übersehende Opposition gegen den Landesvorsitzenden der CSU, Franz Joseph Strauss, durchschimmern. Strauss ist jedoch noch immer und bleibt weiterhin der starke Mann in Bayern. Seit jeher bilden die beiden Unionsparteien im Bundestag eine gemeinsame Fraktion. Das steht in keinem Statut, muss also in jeder Legislaturperiode

erneut vereinbart werden. Diesmal winkte nun der allmächtige CSU-Chef Strauss mit dem Zaunpfahl eines Alleingangs. Von Anbeginn bis zu der dann erfolgten Einigung wirkte diese ziemlich künstlich erzeugte Spannung als taktisches Manöver, um gute Bedingungen auszuhandeln. Zudem präsentierte sich Strauss als – Wahlsieger. Die CSU hatte in den bayerischen Landen nicht nur nicht verloren, sondern ihren Prozentanteil an Stimmen gegenüber 1969 um 0,5 verbessert. Das war aber kein Sieg über die SPD, die selbst 3,2 Prozent gewann. Auch die FDP hatte um 2 Prozent zugenommen. Der Stimmenzuwachs der bayerischen Christdemokraten kam mithin aus anderen Lagern, wohl teilweise auch von der äussersten Rechten. Die vor Jahren noch als Gefahr für den demokratischen Staat angesehene Nationaldemokratische Partei war auch in Bayern auf 0,6 Prozent zusammengesmolzen. Die Siegerpose der CSU gegenüber der ausserbayerischen CDU, die allerdings verloren hatte, war also fragwürdig. Aber Strauss gibt nicht leicht auf. Trotz der Depression der ersten Stunden, die von den Journalisten im CSU-Hauptquartier in der Wahlnacht wahrgenommen wurde, hatte er sich bald auf die neue Situation eingestellt. Kaum zwei Wochen nach der Wahl ist es bereits sichtbar, dass möglicherweise Rainer Barzel von der CDU am Ende der vierjährigen Legislaturperiode nicht mehr der Fraktionsvorsitzende und kommende Kanzlerkandidat für 1976 sein wird. Strauss aber wird nach wie vor im Vordergrund stehen. Das ist der eigentliche Sinn der «Spannungen» im Lager der Verlierer.

Wenn man im Ergebnis der Beurteilung dieses Wahlergebnisses dazu neigt, von einer Zeitenwende im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen, so nicht nur, weil die Zeiten vorüber sind, in denen die beiden Unionsparteien sich mit dem Staat schlechthin zu identifizieren vermochten, oder weil die sozial-liberale Koalition in allen Fragen der Tagespolitik fortschrittliche Akzente setzte und wiederum setzen wird, sondern auch weil die grossen Streitobjekte Ostverträge und nunmehr der Grundvertrag mit der DDR den Beginn einer neuen Epoche bedeuten. Naturgemäss gab es und gibt es da gewaltige Hemmungen, in erster Linie nationalpolitischer Natur. Die in den beiden Ostverträgen enthaltene Anerkennung der bestehenden polnischen Westgrenze stiess auf den Widerstand all jener, die da noch nicht begriffen haben oder nicht begreifen wollen, dass Deutschland auch den Zweiten Weltkrieg verloren hat. Der Ausgang der Wahl vom 19. November 1972 hat nun eindeutig bewiesen, dass diese Hemmnisse überwunden wurden. Das bedeutet praktisch die Beendigung der leidvollen Geschichte von 200 Jahren deutsch-polnischer Konflikte. Auch die Frage des Grundvertrages mit der DDR stellt ein nationalpolitisches Problem dar. In der Präambel des Grundgesetzes wird gesagt, dass dieses Gesetz von dem deutschen Volk in den westdeutschen Ländern auch für jene Deutsche beschlossen wurde, denen mitzuwirken versagt war, und das gesamte deutsche Volk aufge-

fordert bleibe, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das war zur Zeit der Besetzung dies- und jenseits der Demarkationslinie, die West von Ost trennte. Vier Jahre später gab es im Osten einen Volksaufstand gegen das von der sowjetischen Besatzung geschaffene politische System. Der 17. Juni, der Tag dieses Aufstandes, wurde in der Bundesrepublik ein gesetzlicher Feiertag: der Tag der deutschen Einheit. Er wurde als solcher nie ein populärer nationaler Feiertag, etwa wie der schweizerische 1. August. Doch die Grundausrichtung des deutschen Volkes als Nation war vor zwanzig Jahren und allgemein bis vor wenigen Jahren allen bundesrepublikanischen Bürgern gemeinsam. Nur die Akzente waren in den einzelnen politischen Lagern verschieden. Politisch konservative Menschen hatten im Grunde Angst vor einer Wiedervereinigung, eine Angst vor dem Kommunismus, der in der Bundesrepublik nunmehr nur 0,3 Prozent der Stimmen für sich buchen konnte, drüben aber sich zum Herrschaftssystem entwickelte. Auch bei den Sozialdemokraten hielt man es mit dem Verfassungsgebot – oder ist es vielleicht nur eine Zielvorstellung? – der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung. Die Initiative Willy Brandts führte daher in Neuland, ausgehend von der Feststellung, dass in übersehbaren Zeiträumen die DDR weiterbestehen wird, dass sie zwar nicht westlichen Zielvorstellungen entspricht, aber tatsächlich existiert, so wie eben alle kommunistisch-totalitären Staaten existent sind. Darüber hinaus bedeutet die neue Politik gegenüber der DDR die Liquidierung der fast zwei Jahrzehnte hindurch erhobene Anspruch des Ostens auf die westlichen Stadtteile Berlins. Für West-Berlin wurde viel erreicht, wenn auch nicht alles, was nach westlichen Vorstellungen eigentlich selbstverständlich ist. Jedenfalls gibt es keine Blockade mehr, keine Berlin-Ultimeaten und einige Möglichkeiten, vom Westen in den Osten der Stadt zu gelangen. Die DDR ist zwar immer noch abgeschlossen, befestigt und ihre Bewohner Regeln unterworfen, die den Bundesbürgern unerträglich dünken. Der Grundvertrag erkennt die Spaltung Deutschlands nicht an, wie seine Gegner jetzt mit noch mehr Donnergetöse behaupten. Ausdrücklich wird im Text festgestellt, dass es unterschiedliche Auffassungen gebe, darunter zur nationalen Frage. Für Willy Brandt, die von ihm geführte Regierung – und für die SPD – gibt es nur eine, nicht zwei deutsche Nationen. Praktisch sind daher nach wie vor alle Einwohner der DDR, denen es gelingt, trotz aller Minengürtel nach Westdeutschland zu kommen – oder Rentner, die man ungehindert ausreisen lässt –, Bürger der Bundesrepublik. Anders in der DDR. Zumindest theoretisch wird hier seit einiger Zeit versucht, einen eigenen DDR-Nationsbegriff zu formulieren. Die Bundesrepublik Deutschland, sagte der DDR-Ministerpräsident Stoph der DDR im Mai 1972, «in der auch Deutsch gesprochen werde» sei eben ein «imperialistischer Staat wie die USA und andere, in denen uneingeschränkt die Monopole herrschen», daher sei das Volk hüben und drüben eben nicht

ein Volk, sondern zwei Völker. Im Zuge der Verhandlungen über den Grundvertrag hat sich die DDR-Regierung allerdings nicht streng an solche Vorstellungen und an ihr eigenes Staatsangehörigkeitsgesetz gehalten. Die zum Zeichen der Entspannung freigelassenen politischen Gefangenen wurden nicht verpflichtet, weiter als Staatsbürger der DDR zu leben, sondern in die BRD geschickt, zuzüglich einiger amnestierter Krimineller, die man gerne den «Imperialisten» überliess. Zudem hat der Grundvertrag weitgehende internationale Folgen, den Beitritt beider deutscher Staaten zu den Vereinten Nationen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR in weitestem Umfang. Entsprechend dem zäh verteidigten Grundsatz, formuliert von Willy Brandt, dass die Beziehungen beider Staaten besonderer Art seien, wird es hier keine diplomatischen Beziehungen geben. Hüben und drüben gibt es in Zukunft nur jeweils einen Vertreter. Mit den Wahlen vom 19. November ist auf diese Weise eine bedeutsame und historische Wende eingetreten.

Doch auch die Wahlen selbst zeigten völlig neue Merkmale. Bisher galt die Faustregel, bei geringer Wahlbeteiligung gewinnen die Sozialdemokraten, weil ihre Wähler immer zur Wahl gehen. Nun aber wurde der grosse Erfolg bei 91,1 Prozent der Wahlberechtigten erzielt, eine noch nie dagewesene Beteiligung. Es ist mithin der Linken gelungen, viele neue Wähler zu mobilisieren, politisch zu interessieren, wie die vollen Säle, die lebhaften Diskussionen in den Fussgängerbereichen der Grosstädte und die vielerlei «Wählerinitiativen» bewiesen.

Dr. Barzel betätigte sich am Vortage der Wahl als Seher des eigenen Untergangs. Bei seiner letzten Kundgebung in Bad Lippspringe rief er aus: «Und morgen werden wir uns freiwählen von dem ganzen Spuk der Angst, der Inflation, der Kriminalität.»

Rolf Dechsling im «Spiegel»
